

# Empfehlungen

## Bildungsforum »Rodgau bildet Zukunft«

*Kommunale Koordinierung und  
Lokale Verantwortungsgemeinschaft*





# Empfehlungen

## Bildungsforum »Rodgau bildet Zukunft«

### Inhalt

<b>Vorwort</b>	S. 5
<b>Empfehlungen</b>	S. 6-14
<b>Teilnehmer</b>	S. 16-17
<b>Weinheimer Initiative</b>	S. 18-26

### Impressum

#### Herausgeber:

**Rodgau bildet Zukunft**  
Projektbüro

Hintergasse 15  
63110 Rodgau

Tel.: 06106 / 693-1242  
E-Mail: bildungsforum@rodgau.de

#### Grafik, Satz und Layoutgestaltung:

**amgrafik**  
Agentur für Werbung, Service, Medien

Dresdner Str. 18  
63110 Rodgau

Tel.: 06106 / 876280  
E-Mail: kontakt@amgrafik.de



# Vorwort

## Sehr geehrte Mandatsträgerinnen und -träger, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Kinder und Jugendliche,

das Forum „Rodgau bildet Zukunft“ hat sich in acht Sitzungen, die sich innerhalb eines gut einjährigen Zeitraums erstreckten, intensiv mit Fragen der Erziehung und Bildung in Rodgau auseinandergesetzt. Dort waren mehr als 20 Bürgerinnen und Bürger versammelt, die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit in Bildung und Erziehung – im weitesten Sinne – und ihres Engagements aus dem Forum eine bürgerschaftliche Angelegenheit machten. Sie legen nun, bekräftigt durch ihre Unterschriften, ihre Empfehlungen vor. Das Forum konnte auf die regelmäßige Beteiligung aller und auf ernsthafte und kontinuierliche gemeinsame Arbeit zählen. Dafür sei allen herzlich gedankt.

Die Empfehlungen gehen von einer Grundeinsicht aus: Bildung für alle gehört zur elementarsten Lebensqualität zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Für Rodgau – eine Wohnstadt mit vielen Qualitäten, in der auch viele Familien eine Heimat gefunden haben, deren erwachsene Einwohner größtenteils außerhalb der Stadt ihrer Erwerbsarbeit nachgehen – wird festgestellt: Bildung und Erziehung sollen zu einem zentralen Faktor für den Standort Rodgau und für die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt werden. Oder anders gesagt: Auf die Frage, was die Lebensqualität Rodgaus ausmacht, soll als eine zentrale Antwort gegeben werden können, dass unsere Kinder hier die Bildung erhalten, die sie für ihre Zukunft brauchen, unabhängig davon, wo sie ihr Lebensweg einmal hinführt. Sprichwörtlich: Rodgau bildet Zukunft. Hierzu gibt es in Rodgau eine solide Basis und viele innovative Ansätze. Das Forum hat in neun Punkten substantielle Vorschläge gemacht, wie dieses Ziel systematisch und beharrlich erreicht werden kann.


An wen richten sich diese Empfehlungen? Sie richten sich an alle diejenigen, die in Rodgau beruflich und ehrenamtlich in Bildung und Erziehung engagiert sind. Es soll sie ermutigen und einladen, sich aktiv am Projekt „Rodgau bildet Zukunft“ zu beteiligen. Es richtet sich an die Bürgerinnen und Bürger, an die Kinder und Jugendlichen in Rodgau: sie sollen wissen, dass sie für ihr Interesse an einer Bildung, die zukunftsfähig ist, hier viele Partnerinnen und Partner finden. Die Empfehlung richtet sich auch an die Politikerinnen und Politiker, weil sie den Rahmen für „Rodgau bildet Zukunft“ setzen und absichern müssen – sie richten sich also direkt auch an uns, die Unterzeichner/-innen dieser Vorrede, und fordern uns auf, diese Empfehlungen aufzunehmen, mit ihnen zu arbeiten und sie in politische Rahmenrichtlinien zu übersetzen.

Mit der Übergabe der Empfehlungen am 9. April 2008 durch das Forum an die politischen Mandatsträger der Stadt, liegen sie nun der Öffentlichkeit vor.

Wichtige Vorarbeiten sind geleistet; wir hoffen, dass nun das Projekt „Rodgau bildet Zukunft“ – gut vorbereitet – mit großem Schwung praktische Gestalt annimmt.



**Anette Schweikart-Paul**  
Stadtverordnetenvorsteherin



**Michael Schübler**  
Stadtrat



**Carsten Müller**  
Kreisbeigeordneter

# Empfehlungen des Forums

## »Rodgau bildet Zukunft«

### Ein bürgerschaftliches Forum

Das Forum „Rodgau bildet Zukunft“ startete mit seiner Arbeit im Mai 2007 und hat bis zum Februar 2008 insgesamt acht Mal getagt.

Das Forum geht auf eine Initiative der Berufs-WegeBegleitung Rodgau und von Sozialdezernent Stadtrat Michael Schübler zurück; Kreisbeigeordneter und Sozialdezernent Carsten Müller, zu dessen Verantwortungsbereich u. a. die BerufsWegeBegleitung des Kreises gehört, wurde eingeladen und war gern bereit, dem Forum vorzusitzen.

Das Besondere des Forums aber ist: es sind dort 20 Bürger/-innen Rodgaus versammelt, die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit im Bereich von Bildung – im weitesten Sinne – und ihres Engagements aus diesem Forum eine bürgerschaftliche Angelegenheit machen. Unterstützt werden sie von Experten/-innen der TU Darmstadt, der Sozialforschungsstelle Dortmund und der Freudenberg Stiftung, Weinheim.



### Bestandsaufnahme und Vorschläge entlang der Bildungsbiografie

Das Forum ist kein „Wunschkonzert“: Die Praxis-Erfahrungen aller Beteiligten haben sie gelehrt, zuerst genau hinzusehen. Die Forums-Arbeit folgte dabei Schritt für Schritt den Bildungsbiografien: Im 1. Forum war der Lebens- und Lernabschnitt bis zum 10. Lebensjahr zentrales Thema, bezogen auf die im Rodgau vorhandene Bildungs- und Erziehungsangebote – gute und erfolgreiche Ansätze – aber auch Probleme, Defizite und offene Fragen.

Es folgte ein ausführlicher Blick auf die Situation aller weiterführenden Schulen Rodgaus. In einem Workshop im August wurden diese beiden Schwerpunkte dann ausgewertet.

Im Herbst 2007 ging es um die Analyse der Wege, Chancen und Risiken, die in Rodgau beim Übergang von der Schule in Berufsausbildung und Arbeitswelt bestehen. Vertreter von Arbeitsagentur, Industrie- und Handelskammer, Gewerbeverein und der BerufsWegeBegleitung Rodgau haben hierzu Impulse für die gemeinsame Erörterung geliefert. Dem schloss sich noch ein Schwerpunkt zum Bereich der Bildung oder des Lernens für junge Erwachsene an. Hierbei ging es um die Frage, wie stabil der Eintritt in die Arbeitswelt gelungen ist, welche Optionen für weitere Chancen auf Bildung und Weiterbildung vorhanden sind, sowie welche Beratung und Unterstützung erforderlich sind.



Schließlich wurden Anfang 2008 erste Überlegungen dargestellt, welche Rückwirkungen die Forums-Arbeit auf die entsprechenden Fachabteilungen der Stadt haben könnten. Abschließend wurde das Gespräch mit den Vertretern der Jugend Rodgaus gesucht.

Am Ende der gemeinsamen Erörterungen des „Forums“, die sich über zehn Monate und acht intensive Sitzungen erstreckten, geben die versammelten Expertinnen und Experten die folgenden allgemeinen Empfehlungen:

## 1.

**Bildung soll zu einem zentralen Faktor für Rodgau und die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt ausgebaut werden.**

In der Erklärung zur Eröffnungs-Sitzung am 9. Mai 2007 heißt es hierzu:

„Rodgau ist eine der jungen Städte Hessens. Was Rodgau bieten will, ist optimale Bildung für die nachwachsenden Generationen und ein gut koordiniertes und transparentes lokales Bildungs- und Beratungsangebot als einer der zentralen Standortfaktoren.“

In Rodgau gibt es bereits eine reiche und differenzierte Bildungs- und Beratungslandschaft, dennoch arbeiten viele Beteiligte nebeneinander oder auch, was die Abfolge von Bildung betrifft, hintereinander, aber noch zu wenig miteinander. Mangelnde Koordinierung und fehlende Unterstützung an den verschiedenen Übergängen, die Kinder und Jugendliche vom Kindergarten zur Schule, zwischen den verschiedenen Schulformen, beim Eintritt in Berufsausbildung und Arbeitswelt zu bewältigen haben, wird immer mehr als eines der großen Probleme unserer Bildungssysteme erkannt.

In Rodgau möchte man hier einen großen Schritt weiter kommen, nämlich zu einer dichten Vernetzung, guten Koordinierung und einer Transparenz der Bildungswege für alle.“

## 2.

**Bildung für alle gehört zur elementaren Lebensqualität, die die Bürgerinnen und Bürger mit Recht dort erwarten, wo sie leben. Stadt und Bürgerschaft wirken hier im Sinne einer lokalen Verantwortungs-Gemeinschaft zusammen. Die Stadt Rodgau nimmt ihre Koordinierungs-Verantwortung eigenständig und zugleich in enger Abstimmung mit dem Kreis Offenbach, dem sie angehört, wahr.**

Im Zusammenhang mit dem Handlungskonzept sollten die Schnittstellen zwischen Stadt und Kreis geklärt und Stand & Perspektive von „Rodgau bildet Zukunft“ in den verschiedenen zugänglichen Kreis-Gremien dargestellt werden.

### 3.

**Als Ziel für alle Kinder und Jugendlichen in Rodgau gilt: Keine und keiner darf zurück bleiben. Vor diesem Hintergrund sollen jährlich konkrete Prioritäten formuliert und mit einem integrierten Handlungs-Ansatz umgesetzt werden, der sich an der Bildungsbiografie orientiert.**

In den Beratungen des Forums ist deutlich geworden, dass es in der Stadt Rodgau für jede Phase der Bildungsbiografien von Kindern und Jugendlichen ein breites und qualitativ hochwertiges Angebot an Bildung und Beratung gibt.

Dennoch bleibt festzuhalten:

#### **Keine und keiner darf zurück bleiben**

Keineswegs werden alle Kinder und Jugendlichen auf eine Art und Weise erreicht, dass sie in ihrer Entwicklung und Bildungsperspektive angemessen gefördert werden. Es ist dringend geboten, nicht nur an den kritischen Wegmarken der Bildungsverläufe, sondern insgesamt und kontinuierlich die vorhandenen Ansätze weiter zu verbessern, damit niemand zurück bleibt.

Vielfach ist es so, dass gute Ansätze aufgrund von Projektförderung entstehen und mit dem Ende der Projekte wieder erlahmen. Ad hoc-Aktivitäten, Konjunkturen und Improvisationen – die auch mit der teilweise ungenügenden oder falsch gesetzten Ressourcen-Ausstattung zu tun haben – bestimmen oftmals das Bild.

Die Erhöhung der alltäglichen Qualität und die Verstetigung guter Ansätze sind zwei wichtige Erfordernisse. Es gibt Kooperationen zwischen den verschiedenen Akteuren, aber sie sind oft punktuell und auf gezielte Problemlösung begrenzt. Regelmäßige Zusammenarbeit muss weiter entwickelt werden. Eine Vision über eine den Verhältnissen zu Beginn des 21. Jahrhunderts angemessene Pädagogik (Stichworte: Fördern & Fordern, Selbstverantwortung & Anleitung, Integration und Vielfalt, u.s.w.) ist nur in Ansätzen vorhanden und keinesfalls eine verbindliche Orientierung aller. All diese Aspekte sollen in einem kommunalen Bildungskonzept ihren Niederschlag finden.



#### **Kooperation & Kontinuität**

Das „Forum“ drängt auf stabile und dauerhafte Kooperation der verschiedenen Einrichtungen und Akteure „vor Ort“ und auf kontinuierliche kooperative Arbeit und Weiterentwicklung. Beides hängt auch von Rahmenbedingungen ab, die an anderen Stellen (z.B. durch die Schulpolitik) gesetzt werden, beides kann jedoch vor Ort durch einen lokalen Handlungsplan wesentlich unterstützt und voran gebracht werden.

Im „Forum“ wurde immer wieder festgestellt, dass es nicht um die beliebige Vermehrung von Einzelmaßnahmen gehe, sondern um Kooperation, Partizipation und systematische, qualitätsorientierte Weiterentwicklung. Hierzu und damit im Zusammenhang sei dazu eine grundlegende Veränderung der vorherrschenden Kultur von Bildung und Erziehung erforderlich, die sich auf die veränderten Verhältnisse in Arbeitswelt und Gesellschaft beziehen müsse.



## Neue Lernkultur

Im „Forum“ wurde dies immer wieder mit Formeln ausgedrückt wie „fähig sein, das eigene Lernen und das eigene Leben selbst in die Hand zu nehmen“, „angesichts der zunehmenden Unübersichtlichkeit Optionen wahrnehmen zu können“, „an den eigenen Interessen und Plänen trotz Widrigkeiten festzuhalten“, „Beharrlichkeit und Ausdauer“, „Spaß am Lernen zu finden“, „sich selbst etwas zuzutrauen“, „sich anderen gegenüber freundlich und fair verhalten zu können“...

Zu einer neuen Lernkultur, die diese Werte und Verhaltensweisen positiv würdigt, kann „vor Ort“ nach Auffassung des „Forums“ erheblich beigetragen werden: Schulen und andere Bildungseinrichtungen müssen „zum Leben hin geöffnet werden“. Es muss ein reger Kontakt zwischen ihnen und den Aktivitäten in der Stadt und in den Betrieben entstehen; andere „Lernorte“ mit ihren vielfältigen Qualitäten müssen genutzt werden. Eltern müssen auf neue Weise in diese „Kultur“ einbezogen werden, eine neue Lernkultur muss zum öffentlichen Thema und als wichtiges Element des städtischen Selbstbildes entwickelt werden. Eine solche „neue Lernkultur“ richtet sich nicht nur auf diejenigen Kinder und Jugendlichen, die sich in risikoreichen Situationen befinden, sondern auf alle: alle – im übrigen auch die Erwachsenen im Sinne des lebenslangen Lernens – brauchen eine solche „neue Lernkultur“. Auch in diesem Sinne soll „Rodgau Zukunft bilden“. Den Kindern und Jugendlichen mit Migrations-Hintergrund gilt dabei besondere Aufmerksamkeit, ohne von ihnen pauschal als „Problemgruppe“ auszugehen. Es muss aber berücksichtigt werden, dass viele von ihnen nach wie vor im Zugang zu Bildung benachteiligt sind. Den Migranten-Selbstorganisationen kommt als Kooperationspartner eine besondere Rolle zu. Das neugefasste **Integrationskonzept der Stadt Rodgau (2007)** bietet hierfür viele gemeinsame Handlungsfelder.



## Erziehung stützen

Das „Forum“ sieht folgende Aufgaben: Erziehungsziele werden gemeinsam erarbeitet, gemeinsam getragen und verfolgt. Unterstützungssysteme für Familien sorgen dafür, dass bereits in frühester Kindheit Erziehung positiv wirkt und Kinder sich zu Mitgliedern unserer Gesellschaft entwickeln, die an Bildung interessiert sind und gesellschaftliche Werte und demokratische Grundsätze leben.

In Kindertagesstätten und Schulen werden Präventionsprojekte installiert, die soziales Lernen bei Kindern frühzeitig fördern und Eltern bzw. Erziehungsberechtigte in die Arbeit einbinden.

Ein Netz von Beratungsstellen und sozialpädagogischen Fachkräften wird geknüpft, um Kinder und Jugendliche aufzufangen, die trotz „neuer Lernkultur“ nicht in der Lage sind, das eigene Lernen selbst in die Hand zu nehmen oder sich verweigern.



## Jährliche Handlungspläne

Auf der Basis der fachlichen Erörterungen des „Forums“ sind für jede einzelne bildungsbiografische Phase und ihre besonderen Herausforderungen Handlungsziele und -prioritäten formulierbar. Es wird vorgeschlagen, dies in einen detaillierten und differenzierten Handlungsplan zu übersetzen und jeweils für das kommende Jahr gemeinsam Prioritäten und die Art und Weise ihrer Bearbeitung festzulegen.

## 4.

**Gelingende Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt und die Chance, in der Arbeitswelt perspektivreich Fuß zu fassen, sind zentrale Anliegen lokaler Verantwortungs-Übernahme. „Rodgau bildet Zukunft“ ist allerdings**

**biografisch weiter gefasst: die gesamten Bildungswege von der frühen Kindheit bis ins junge Erwachsenen-Alter stehen im Blickpunkt; Übergänge und kritische Passagen finden dabei besondere Aufmerksamkeit.**



Sinnvollerweise erfüllen die Kommunen diese Aufgabe insbesondere durch kommunale Koordination aller Aktivitäten und Akteure, die am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt und das Erwachsenen-Leben mitwirken. Sie schaffen auf diese Weise ein Übergangs-System mit einem entsprechenden „Management“, das jedem Jugendlichen einen perspektivreichen Weg in betriebliche oder schulische Ausbildung, weiterführende allgemeine Bildung oder andere Formen von Qualifizierung eröffnet. Diese kommunale Bildungspolitik muss eine Politik „aus einer Hand“, und sie muss transparent und nachvollziehbar sein. Eine enge Kooperation mit den Akteuren des Übergangs, wie z.B. der Arbeitsagentur und den Options-Agenturen nach SGB II sind hierfür unverzichtbar; besonders wichtig aber ist eine frühe und kontinuierliche Zusammenarbeit mit den in der Region ansässigen Betrieben und den Organisationen des Wirtschaftslebens.

Diesem Verständnis entspricht in Rodgau seit einer Reihe von Jahren die Einrichtung der BerufsWegeBegleitung, die in enger Zusammenarbeit mit dem Kreis als ein lokaler Stützpunkt für das „Management“ des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt konzipiert wurde und seither sehr erfolgreich arbeitet. Im Rahmen eines Förderprogramms der Bundesregierung gestartet, wird die BerufsWegeBegleitung nun auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen Kreis und Stadt fortgeführt – ein Beispiel für die Verstetigung von Projekt-Initiativen.

Das „Forum“ versteht die Koordinierungs-Aufgabe biografisch weiter gefasst: So wichtig der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt ist, dürfen sich die gemeinsamen Anstrengungen nicht nur darauf konzentrieren, sondern sie müssen biografisch früh ansetzen und die Lernwege der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen kontinuierlich begleiten, bis diese eine erste ausreichend solide Einmündung in die Arbeitswelt gefunden haben. Kommunale Koordination soll sich also auf diesen Gesamtprozess beziehen.

## 5.

**Kommunale Koordination wird als unverzichtbare Grund- und Rahmenbedingung für eine gelingende kontinuierliche Entfaltung und Umsetzung von „Rodgau bildet Zukunft“ angesehen. Sie muss personell und sachlich so ausgestattet sein, dass sie ihre komplexen Aufgaben kompetent und kontinuierlich wahrnehmen kann. Instrumente und Verfahren, mit deren Hilfe die Koordination geleistet wird, müssen auf die Mobilisierung der „lokalen Verantwortung“ zielen.**

Das „Forum“ schließt an die Überlegungen aus der „Weinheimer Erklärung“ an:

„Die Kommunen sind nach Art. 28 II Grundgesetz für „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“ zuständig. Daraus ergibt sich eine grundsätzliche (Mit-) Verantwortung für die Sicherung der beruflichen und Lebensperspektiven der nachwachsenden Generationen. Dies ist zugleich ein zentraler Beitrag für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunft der eigenen Stadt oder Region“.



Aber: Kommunale Koordinierung bedeutet weder, dass die Stadt allein verantwortlich für alles ist, noch dass man ihr alles überlassen sollte. Auch hier schließt sich das „Forum“ den Formulierungen aus der „Weinheimer Erklärung“ an: korrespondierend zur kommunalen Koordinierung geht es um die Entwicklung und Mobilisierung der lokalen Verantwortungs-Gemeinschaft.

**Lokale Verantwortungs-Gemeinschaften bestehen, nachdem sie sich entwickelt haben, aus:**

- den lokalen Mandatsträgern, d.h. den von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Repräsentanten der lokalen oder regionalen Gemeinschaft (allen voran den Bürgermeistern und Landräten),
- den verschiedenen zuständigen Ausschüssen von Stadtverordnetenversammlung (STVV) und Kreistag,
- den Schulen, insbesondere aber nicht nur, den Gesamtschulen sowie den Beruflichen Schulen, die ihre Schülerinnen und Schüler vor allem in den regionalen (Ausbildungs-) Markt entlassen,
- Betrieben, insbesondere jenen, die aufgrund ihrer Größe und Stellung, aber auch aufgrund ihres Fachkräftebedarfs eine besondere Verantwortung für die lokale Entwicklung tragen,
- der Agentur für Arbeit und den Arbeitsgemeinschaften bzw. Options-Agenturen nach dem Sozialgesetzbuch II,
- den Kirchen, Vereinen, Migranten-Organisationen, Gewerkschaften, Verbänden, Beratungseinrichtungen, Initiativen und Projekten, die sich für einen erfolgreichen Übergang von Jugendlichen in die Arbeitswelt und das Erwachsenen-Leben stark machen.

Auch hier muss der „Zuschnitt“ der lokalen Verantwortungs-Gemeinschaft entsprechend des umfassenderen biografischen Ansatzes, der in Rodgau verfolgt wird, erweitert werden. Das „Forum“ sieht sich selbst – auch durch die einjährige gemeinsame Arbeit, die hinter ihm liegt, als Ausdruck und Vorform einer solchen lokalen Verantwortungs-Gemeinschaft.

Um neue Ideen zu entwickeln, wird oftmals der Weg besritten, viele Akteure einzubeziehen. Wenn dann das Ergebnis auf dem Tisch liegt, sind sie manchmal nicht mehr gefragt. Das „Forum“ geht davon aus, dass dies in Rodgau nicht der Fall sein wird. Es wünscht, dass eine vernünftige und angemessene Form gefunden wird, den im „Forum“ versammelten ExpertInnen-Kreis – ggf. noch erweitert – fortzuführen und als eine Art „Rat der lokalen Verantwortungs-Gemeinschaft“ zu verstehen, also als „Rodgau bildet Zukunft - Rat“.

Das „Forum“ begrüßt und unterstützt Denkansätze der Verwaltung, die zuständigen Organisationseinheiten der Stadt Rodgau in einer Weise zu reorientieren, dass sie in ihrem Verwaltungsablauf dem biografischen Ansatz von „Rodgau bildet Zukunft“ und damit dem Prinzip „gemeinsame Verantwortung vor Zuständigkeit“ besser entsprechen.



## 6.

**Kooperation und Kontinuität, die Entwicklung und Stabilisierung einer Neuen Lernkultur, die lokal spürbar werden soll, sind zentrale Elemente des Integrierten Handlungsplans „Rodgau bildet Zukunft“. Im Zentrum steht die Erhöhung der Wirksamkeit von Bildung, Erziehung & Beratung; gemeinsame Qualitäts-Entwicklung und Transparenz über die erreichten Ergebnisse und die fortbestehenden Defizite sind unverzichtbar. Hierzu bedarf es eines Instrumentariums, das alle als verbindlich akzeptieren können.**

Im „Forum“ bestand Einigkeit darüber, dass Kooperation und Kontinuität und eine Neue Lernkultur unverzichtbar sind, ihre breite Akzeptanz allerdings von ihrer tatsächlichen Wirksamkeit abhängig ist.

In der Vergangenheit habe vorrangig ein Input-Denken geherrscht. Ohne die Notwendigkeit einer angemessenen Ressourcen-Ausstattung bestreiten zu wollen (es wurde sogar vielfach auf Defizite und Notstände hingewiesen), scheint es doch richtig, die Frage der Wirksamkeit ins Zentrum zu rücken, insbesondere auch in Hinblick auf die Bürgerinnen und Bürger. Maßstab muss sein, den Kindern und Jugendlichen positive, an Optionen reiche Bildungs- und Entwicklungs-Perspektiven zu eröffnen und Sackgassen zu vermeiden. Eine entsprechende Strategie der Evaluation und Qualitätsentwicklung/Sicherung kann nur kooperativ aufgebaut und umgesetzt werden, denn sie setzt eine veränderte Kooperations-Kultur voraus, in der man andere in die „eigene Werkstatt“ hineinsehen lässt.

Jährliche Vereinbarungen über Qualitätsziele und die Art und Weise, wie sie nachgehalten werden, sollten daraus ebenso folgen wie eine Art Fortschritts- Berichterstattung im jährlichen „Rodgau bildet Zukunft“ - Bericht.



## 7.

**Es findet eine enge Kooperation aller Ämter der Stadt, Institutionen, Organisationen und bürgerschaftlichen Initiativen statt, die Aufgaben im Verlaufe der Bildung und Erziehung von der frühen Kindheit bis ins beginnende Erwachsenenleben wahrnehmen (Bildungs-Netz-Werke Rodgau).**

Die weiterhin bestehenden Eigenständigkeiten müssen also in einen Kontext lokaler Gesamtverantwortung gestellt werden. Ein „Rat“ aus VertreterInnen der „Lokalen Verantwortungs-Gemeinschaft“ begleitet den kommunalen Handlungsplan „Rodgau bildet Zukunft“. Regelmäßige Berichterstattung und eine jährliche „Rodgau bildet Zukunft“ – Konferenz sorgen für Transparenz und Orientierung.

Ein solcher „zyklischer Arbeitsansatz“, also eine jährlich sich wiederholende Abfolge von zu vereinbarenden Aktivitäten und zu setzenden Prioritäten, Berichterstattung (Rodgau bildet Zukunft – Bericht), Konferenz und Wirksamkeits-Betrachtung und daran anschließender erneuerter Prioritäten-Setzung erscheint dem „Forum“ unverzichtbar. Darüber hinaus könnte man an weitere Aktivitäten denken, die wünschenswert wären, so z.B. einen „Rodgau-bildet-Zukunft-Tag der offenen Tür“, an dem sich alle beteiligten Einrichtungen präsentieren (Bus-Tour), einen jährlichen Preis oder auch Plaketten, die die Teilnahme an „Rodgau bildet Zukunft“ attestieren. Homepage und Pressearbeit sind unverzichtbar.



## 8.

**Der kommunale Handlungsplan „Rodgau bildet Zukunft“ braucht Verankerung in den demokratischen Entscheidungsprozessen der Stadt. Das „Forum“ empfiehlt dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rodgau, „Rodgau bildet Zukunft“ Jahr für Jahr zum Gegenstand von Berichterstattung, Erörterung und Beschlüssen zu machen.**

Diese Empfehlung muss in ein Kommunales Bildungs-Konzept (Handlungsplan) übersetzt werden, das einen Grundsatzteil enthalten sollte, vor allem aber auch zur Umsetzung, den Umsetzungsinstrumenten, den Verantwortlichkeiten etc. Aussagen macht.

### **Dabei ist an folgende Schritte zu denken:**

- die Stadtverordnetenversammlung fasst einen generellen Beschluss und einen Beschluss zum Handlungsprogramm 2008,
- sie formuliert die Erwartung, dass nach einem Jahr ein Bericht vorgelegt wird (Beginn einer kommunalen Bildungsberichterstattung),
- Verantwortlichkeiten/Zuständigkeiten sind festgelegt, ggf. könnte auch ein „Rodgau bildet Zukunft“ - Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung gebildet werden,
- eine Koordinierungsstelle wird eingerichtet und ausgestattet,
- ein „Rat“ als Beratungsgremium wird berufen und bestätigt (z.B. könnte dies die Fortsetzung des Bildungs-Forums mit anderer Aufgabe sein),
- der „Kinder- und Jugendbeirat“ und der „Ausländerbeirat“ wird regelmäßig in die Beratungen zum Thema „Rodgau bildet Zukunft“ einbezogen,
- die finanziellen Auswirkungen werden beziffert und beschlossen.

Eine Ergänzung hierzu wäre eine bislang nicht gekannte Vorgehensweise, nämlich der Abschluss einer „Bürgerschaftlichen Kooperationsvereinbarung/Zielvereinbarung/Absichtserklärung“ zwischen allen am Forum Beteiligten, mit dem Ziel, gemeinsam für die Umsetzung zu sorgen. Aber auch in diesem Falle bedürfte es der Klärung der Rolle der Stadt; insbesondere unter dem Aspekt der kommunalen Verantwortungs-Übernahme.

## 9.

„Rodgau bildet Zukunft“ braucht eine seiner Bedeutung angemessene Präsenz im Raum der Stadt, einen Ort. Dies würde über die symbolische Bedeutung hinaus den Zugang erleichtern. Als Rodgauer Bildungshaus könnte es zugleich durch interaktive Dauerausstellungen und moderne Formen der Präsentation einen besonderen Erfahrungs-Raum für Bildungsfragen schaffen.

### Rodgauer Bildungshaus: Das alte Lehrerhaus / Die alte Apotheke

Die Idee des Rodgauer Bildungshauses sollte weiter konkretisiert, und es sollten wirksame Schritte zur Umsetzung eingeleitet werden. Insbesondere muss jetzt mit der Konzipierung einer Ausstellung über die Arbeit des Bildungsforums begonnen werden, damit diese rasch für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Da hierbei auch die Einrichtungen der am Forum Beteiligten präsentiert werden sollten, muss auch mit diesen Kontakt aufgenommen und es müssen Vereinbarungen getroffen werden.

Die Idee des Rodgauer Bildungshauses, seine erwartete Wirkung und seine Umsetzung (auch im Sinne von zentralen und dezentralen Ansätzen: Rodgauer Lehrpfad Bildung) sollte soweit konkretisiert werden, dass es als ein wichtiges Element der Instrumentierung des Konzepts erscheinen kann.

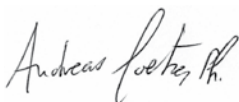




## Teilnehmende Partner



**Andrea Haus**  
Schulleitung Heinrich-Böll-Schule



**Andreas Goetze**  
Pastor, ev. Gemeinde Jügesheim



**Anette Schweikart-Paul**  
Stadtverordnetenvorsteherin



**Carola Lätsch**  
ev. Gemeinde Jügesheim, Kita-Leitung



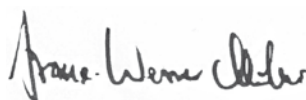
**Carsten Müller**  
Kreisbeigeordneter Kreis Offenbach



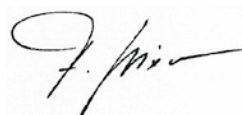
**Dr. Susanne Felger**  
Regionale Jugendagentur Badische  
Bergstraße e.V. - Job-Central



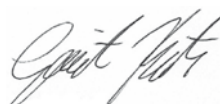
**Dr. Wilfried Kruse**  
Sozialforschungsstelle Dortmund



**Franz-Werner Müller**  
Beratungszentrum Ost



**Friedrich Rixecker**  
IHK Offenbach, Geschäftsführer



**Gerrit Kratz**  
Stadt Rodgau, Sozial- und Jugendamt



**Göksal Arslan**  
Ausländerbeirat, Vorsitzender



**Gudrun Behring**  
Schulleitung Gartenstadt-Schule



**Hans-Willi Giede**  
Firma Mewa, Geschäftsführer



**Karl-Heinz Funk**  
Agentur für Arbeit Rodgau,  
Geschäftsstellenleiter AD





**Lothar Mark**



**Manfred Prepens**

BerufsWegeBegleitung Stadt Rodgau



**Margit Franz**

Stadt Rodgau, Sozial- und Jugendamt



**Marion Gaerthe**



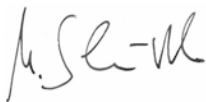
**Matthias Lippert**

Adolf-Reichwein-Schule Heusenstamm,  
Schulleiter




**Melanie Weigele**

Institut für Berufspädagogik, TU-Darmstadt



**Michael Schübler**

Stadt Rodgau, Stadtrat



**Prof. Angela Paul-Kohlhoff**

Institut für Berufspädagogik, TU-Darmstadt



**Stefan Jaud**

Stadt Rodgau, Amtsleiter Sozial- und  
Jugendamt



**Stefan Manus**

Gewerbeverein Nieder-Roden



**Werner Renner**

Schulleiter Geschwister-Scholl-Schule



**Wolfram Neumann**

Ausschuss für Jugend-, Soziales- und  
Integration



**Yunus Arslan**

Kinder- und Jugendbeirat, Vorsitzender

# Weinheimer Initiative 2007

## Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung. Eine öffentliche Erklärung

### Zusammenfassung

Wege aus der  
Ausbildungskrise  
1998

1998 legte ein von der Freudenberg Stiftung initiiertes Forum „Jugend, Bildung, Arbeit“ ein Memorandum mit dem Titel „Wege aus der Ausbildungskrise“ vor. Wir schließen bewusst an dieses Memorandum an. Dort hieß es 1998:

„Jugendprobleme sind Schlüsselprobleme der Gesellschaft. Ausbildungs- und Chancenlosigkeit für junge Menschen darf es nicht geben und braucht es in einer entwickelten Gesellschaft nicht zu geben. Die öffentliche Verantwortung für die nachwachsende Generation hat Priorität.“

Auch heute - neun Jahre später - ist die Ausbildungskrise nicht beseitigt. Es wächst eine junge Generation heran, zu deren wichtigen Erfahrungen und Ängsten der Mangel an Ausbildung und beruflichen Perspektiven gehört. Öffentliche Verantwortung für Bildung und zukunftsfähige Ausbildung und Berufsperspektiven muss deshalb eingefordert werden.

Weinheimer  
Initiative 2007

Die Weinheimer Initiative 2007 ist eine Gruppe engagierter Expertinnen und Experten aus Kommunen, Betrieben, Stiftungen, Verbänden, Instituten und zivilgesellschaftlichen Projekten, die sich auf Anregung der Freudenberg Stiftung und unter Mitwirkung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft zusammengefunden hat. Sie fordert, dass diese öffentliche Verantwortung für Bildung, Ausbildung und Zukunftsperspektiven – nicht nur, aber vor allem – durch Lokale Verantwortungsgemeinschaften und Kommunale Koordinierung wahrgenommen wird.

Die sieben Punkte umfassende Öffentliche Erklärung beschreibt und begründet diesen Ansatz ausführlicher. Die Initiative stützt sich dabei auf eine breite Palette von Erfahrungen mit lokalen Handlungsansätzen aus den vergangenen Jahren. Sie machen deutlich, dass Lokale Verantwortungsgemeinschaft und Kommunale Koordinierung ein Erfolg versprechender Weg sein können, wenn die Bereitschaft zu lokaler Kooperation besteht und gefördert wird und hierfür günstige Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Aufgabe der  
Kommunen

Kurz gefasst sieht die Weinheimer Initiative 2007 Begründung und Aufgabenstellung dieses lokalen Handlungsansatzes so:

Die Kommunen sind nach Art. 28 II Grundgesetz für „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“ zuständig. Daraus ergibt sich eine grundsätzliche (Mit-) Verantwortung für die Sicherung der Berufs- und Lebensperspektiven der nachwachsenden Generationen. Dies ist zugleich ein zentraler Beitrag für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunft der eigenen Stadt oder Region.

Sinnvollerweise erfüllen die Kommunen diese Aufgabe insbesondere durch kommunale Koordinierung aller Aktivitäten und Akteure, die am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt und das Erwachsenenleben mitwirken. Sie schaffen auf diese Weise ein Übergangssystem mit einem entsprechenden „Management“, das jedem Jugendlichen einen perspektivreichen Weg in betriebliche oder schulische Ausbildung, weiterführende allgemeine Bildung oder andere Formen von Qualifizierung eröffnet. Diese kommunale Bildungspolitik muss eine Politik „aus einer Hand“ und sie muss transparent und nachvollziehbar sein.

Die Aufgaben der Lokalen Verantwortungsgemeinschaften für den „Übergang“ sind vielfältig:

- Sie verhindern durch frühzeitig in der Schule einsetzende Förderung und durch präventive Maßnahmen, dass Jugendliche am Ende der Sekundarstufe I scheitern.
- Sie sorgen dafür, dass junge Menschen am Ende der Sekundarstufe I über eine ihren Begabungen und Fähigkeiten entsprechende Bildungs- und Ausbildungsperspektive verfügen.
- Sie setzen sich dafür ein, dass die Fähigkeiten der Jugendlichen, ihre eigene Perspektive aktiv „in die Hand zu nehmen“, gefördert werden. Sie orientieren auf Stärken statt auf Schwächen.
- Sie verdeutlichen den Jugendlichen aber auch, dass die örtliche Verantwortungsgemeinschaft Bereitschaft und Engagement der Jugendlichen selbst erwarten kann. Die Verantwortungsgemeinschaft schließt in diesem Sinne die Jugendlichen mit ein; es entstehen vom Grundsatz her gegenseitige Vereinbarungen mit Rechten und Pflichten auf allen Seiten.

Funktion  
der Lokalen  
Verantwortungs-  
gemeinschaft

Es geht letztlich darum, die Übergangssysteme vor Ort neu zu denken und gemeinsam neu zu gestalten.

Lokale Verantwortungsgemeinschaften bestehen aus:

- den lokalen Mandatsträgern, d. h. den von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Repräsentanten der lokalen oder regionalen Gemeinschaft, allen voran den Bürgermeistern und Landräten,
- den verschiedenen zuständigen Rats- bzw. Kreistagsausschüssen,
- den Schulen, insbesondere - aber nicht nur - den Haupt- und Realschulen sowie den Beruflichen Schulen, die ihre Schülerinnen und Schüler vor allem in den lokalen (Ausbildungs-) Markt entlassen,
- den Jugendlichen und ihren Eltern und sonstigen engagierten Bürgerinnen und Bürgern,
- Betrieben, insbesondere jenen, die aufgrund ihrer Größe und Stellung, aber auch aufgrund ihres Engagements eine besondere Verantwortung für die lokale Entwicklung tragen,
- der Agentur für Arbeit und den Arbeitsgemeinschaften bzw. Options-Agenturen nach dem Sozialgesetzbuch II,
- den kommunalen und freigemeinnützigen Trägern der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und der Jugendberufshilfe nach SGB VIII,
- den Kirchen, Migrant\*innenorganisationen, Gewerkschaften, Verbänden, Beratungseinrichtungen, Initiativen und Projekten, die sich für einen erfolgreichen Übergang von Jugendlichen in die Arbeitswelt und das Erwachsenenleben stark machen.

Zusammen-  
setzung der  
Lokalen  
Verantwortungs-  
gemeinschaft

## Sieben Eckpunkte der Öffentlichen Erklärung „Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung“

### Einleitung

Kommunale Koordinierung und Lokale Verantwortungsgemeinschaft gehören zusammen und bilden einen zentralen Ansatz, um Jugendliche in den Stand zu setzen, berufliche Perspektiven zu entwickeln und aussichtsreiche Schritte in die Arbeitswelt und das Erwachsenenleben zu unternehmen.

Kommunale Koordinierung und Lokale Verantwortungsgemeinschaft für die Gestaltung lokaler bzw. regionaler Übergangssysteme von der Schule in Ausbildung, Arbeit und Weiterlernen sind dauerhaft anzulegen. Denn es ist zwar durchaus erwartbar, dass sich konjunkturell und ggf. auch strukturell die besonders starken Schwierigkeiten beim Übergang in Ausbildung und Arbeitswelt, die die letzte Dekade charakterisierten, abschwächen. Nicht zu erwarten aber ist, dass die Übergänge leicht, unkompliziert und gesichert sein werden. Die einstmals „klassischen“ Wege des Eintritts in die Arbeitswelt oder in weiterführende Bildung haben sich ausdifferenziert: ein plurales lokal-regionales Nebeneinander von Übergangswegen ist heute Realität. Der Übergang muss - im Interesse der jungen Menschen, aber ebenso auch im Interesse am kreativen und kompetenten Potenzial der nachwachsenden Generation, an sozialem Zusammenhalt und lebendiger Demokratie - nunmehr neu gestaltet werden.

### Erfolgskriterium = Zukunftsperspektiven für junge Menschen

Für den Erfolg von Kommunalen Koordinierung und Lokaler Verantwortungsgemeinschaft gibt es einen harten Prüfstein: Jugendliche und junge Erwachsene, die in ihren Städten, Gemeinden und Kreisen zuhause sind, müssen vor Ort erfahren können, dass sich ihnen Zukunftsperspektiven eröffnen, dass Kommunale Koordinierung und Lokale Verantwortungsgemeinschaft ihnen nutzt bzw. dass sie diese sinnvoll nutzen können.

Um Kommunale Koordinierung und Lokale Verantwortungsgemeinschaft auf eine breite und solide Basis zu stellen und ihre kontinuierliche Weiterentwicklung zu sichern, hat sich die Weinheimer Initiative 2007 zusammengefunden und die folgende Öffentliche Erklärung verabschiedet.

Alle Beteiligten an der Weinheimer Initiative waren in den vergangenen Jahren in der einen oder anderen Weise an der Erprobung von Modellen kommunaler Koordinierung im Übergang zu Arbeitswelt und Erwachsenenleben beteiligt. Sie sind Zeugen Erfolg versprechender Aktivitäten, die in breiter und ausreichender Weise belegen: Kommunale Koordinierung und Lokale Verantwortungsgemeinschaft sind brauchbare und notwendige Strategien. Es ist möglich, Strukturen zum Nutzen junger Menschen leistungsfähig zu gestalten. Sie leiden jedoch regelmäßig unter mangelnder Verstetigung und zu geringen Ressourcen, sind in ihrer Koordinierungskompetenz vielfältig beschränkt, werden in den einschlägigen gesetzlichen und sonstigen Rahmenregelungen nicht angemessen platziert und insgesamt als eine zentrale integrative Strategie auf kommunaler Ebene zu wenig anerkannt.

Vorschläge zur durchgreifenden Verbesserung des Status von Kommunalen Koordinierung und Lokaler Verantwortungsgemeinschaft, zur Präzisierung ihrer Aufgaben, zu ihrer Verstetigung und Verbreitung sind deshalb Themen der vorliegenden Erklärung.

### Adressaten der öffentlichen Erklärung

Wir richten uns damit

- an Städte, Gemeinden und Kreise, die den Weg der Kommunalen Koordinierung noch nicht gehen, um sie hierzu zu ermuntern,
- Organisationen, Verbände und alle einschlägigen Akteure im Übergang, mit dem Vorschlag, sich aktiv und positiv auf eine Kommunale Koordinierung zu beziehen,

- an die Politik, durch positive Rahmensetzung und systematische Förderung Kommunale Koordinierung anzuerkennen und funktionsfähiger zu machen.

Nicht zuletzt handelt es sich auch um eine Vereinbarung unter den Initiatoren selbst, nämlich: gemeinsam daran zu arbeiten, dass die in aller Breite und vielfältig gesammelten Erfahrungen zu gesichertem Wissen über gute und brauchbare Formen und Verfahren Kommunaler Koordinierung und Lokaler Verantwortungsgemeinschaft werden, das von uns selbst genutzt und an andere weiter gegeben werden kann, damit das „Rad nicht immer wieder von Neuem“ erfunden werden muss.

Die Weinheimer Initiative 2007, die sich zu einer Arbeitsgemeinschaft erweitern möchte, könnte auf diese Weise zu einer Art „Wissenspool“ einer fortschreitenden Koordinierungsbewegung in gemeinsamer Verantwortung werden.

1998 legte ein von der Freudenberg Stiftung initiiertes Forum „Jugend, Bildung, Arbeit“ ein Memorandum mit dem Titel „Wege aus der Ausbildungskrise“ vor. Wir schließen bewusst an dieses Memorandum an. Dort hieß es 1998:

„Jugendprobleme sind Schlüsselprobleme der Gesellschaft. Ausbildungs- und Chancenlosigkeit für junge Menschen darf es nicht geben und braucht es in einer entwickelten Gesellschaft nicht zu geben. Die öffentliche Verantwortung für die nachwachsende Generation hat Priorität.“

Und in der abschließenden Empfehlung Nr. 20 wurde postuliert:

„Eine eigenständige kommunale Ausbildungspolitik ist unerlässlich. Die Kommune sollte die Verantwortung für die Koordinierung aller Maßnahmen vor Ort übernehmen.“

Heute - im Jahr 2007 - erklären wir: Viele Kommunen haben in den letzten Jahren Koordinierung Erfolg versprechend erprobt und es sind Lokale Verantwortungsgemeinschaften entstanden - nun geht es darum, sie zur Regel werden zu lassen.

Kommunale  
Ausbildungs-  
politik als  
verpflichtende  
Aufgabe

## 1.

**Städte, Gemeinden und Kreise müssen der beruflichen und sozialen Integration Jugendlicher oberste Priorität einräumen. Innerhalb der kommunalen Verwaltungen und Einrichtungen muss gelten: Zuständigkeitsdenken wird durch gemeinsam wahrgenommene Verantwortung ersetzt.**

Städte, Gemeinden und Kreise verleihen dieser Aufgabe dann Nachdruck, wenn sie die Kommunale Koordinierung der Aktivitäten zur beruflichen und sozialen Integration von junge Menschen mit hoher Priorität auf die Agenda setzen, es zur „Chef-Sache“ erklären und in den politischen Entscheidungsgremien hierzu beraten und beschließen. Diesem Erfordernis stehen heute nach wie vor erhebliche strukturelle Hemmnisse entgegen, die dringend abgebaut werden müssen.

Kommunale  
Koordinierung  
und Lokales  
Übergangs-  
management

Mit Kommunaler Koordinierung ist die kommunal verantwortete Bündelung und Abstimmung von Aktivitäten, die Herstellung von Transparenz und die Entwicklung und Anwendung gemeinsam vereinbarter Qualitätsstandards für den Bereich des Übergangs von der Schule in Beruf und Arbeitswelt gemeint. Hierfür wird heute immer häufiger die Bezeichnung „Lokales Übergangsmanagement“ verwendet.

Kommunale Koordinierung, wie sie hier vorgestellt wird, geht über formalen Informationsaustausch hinaus; sie bedeutet einen gemeinsamen zielgerichteten Arbeitsprozess aller beteiligten Akteure, der darauf ausgerichtet ist, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen „vor Ort“ deutliche Verbesserungen ihrer Chancen und Optionen beim Navigieren im Übergang zur Arbeitswelt erfahren (können). Ziele, Qualitätsstandards und Erfolgskriterien müssen gemeinsam vereinbart, überprüft und veröffentlicht werden.

Problem:  
Zuständigkeits-  
denken

Wenn im Inneren der Kommunen das Zuständigkeitsdenken durch das Prinzip der gemeinsam wahrgenommenen Verantwortung ersetzt wird, bedeutet dies, die berufliche und soziale Integration männlicher und weiblicher Jugendlicher zur Querschnittsaufgabe zu machen und als solche zu koordinieren.

Jugendliche mit  
Berufsstart-  
schwierigkeiten

Dabei müssen Jugendliche, die besondere Berufsstartschwierigkeiten haben, in den Fokus genommen und gehalten werden. Unter den gegebenen Verhältnissen sind es vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund und Jugendliche mit negativen schulischen Lernerfahrungen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen.

## 2.

**Die Koordinierung der beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen muss kontinuierliche und regelmäßige kommunale Aufgabe sein. Dabei wird es immer wichtiger, nicht nur Aktivitäten unmittelbar an den „Schwellen“ zu Arbeitswelt und Erwachsenen-leben zu entfalten, sondern Kinder und Jugendliche frühzeitig in der Entwicklung von Fähigkeiten zu unterstützen und zu fördern, die es ihnen möglich machen, schwierige Übergänge zu meistern. Den Schulen wächst hierbei eine Schlüsselstellung zu.**

Rahmen-  
bedingungen  
für Kommunale  
Koordinierung  
verbessern

Die Koordinierung aller Aktivitäten zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen - also: ein auf Ziele und Qualität orientiertes Lokales Übergangsmanagement - muss zur selbstverständlichen Regelaufgabe der Kommune werden. Die Erfahrung aus den letzten Jahren zeigt, dass bereits unter den gegebenen Rahmenbedingungen wirksame Schritte in Richtung einer kommunalen Koordinierung gegangen werden können. Vorhandene Möglichkeiten und Spielräume werden aber oftmals nicht ausreichend genutzt; Richtlinien und Bestimmungen, die die lokale Handlungsebene bereits jetzt stützen, zu wenig in Anspruch genommen.

Allerdings sind die Rahmenbedingungen für Kommunale Koordinierung bei Weitem nicht optimal; sie müssen dringend verbessert werden. Städte, Gemeinden und Kreise benötigen, wo sich dies nicht bereits aus ihrer verfassungsmäßigen Stellung ableitet, den politisch-rechtlichen Auftrag für Koordinierung, die nötigen finanziellen Ressourcen und fachliche Unterstützung.

Die kommunalen Spitzenverbände sind aufgefordert, in diesem Sinne nachdrücklich Positionen gegenüber den Gesetzgebern zu vertreten und ihre Mitglieder durch Handreichungen und Beratungen zu unterstützen.

Kommunale Koordinierungskompetenz darf sich sinnvoller Weise nicht auf das Management von Aktivitäten an den kritischen „Schwellen“ des Übergangs beschränken, sondern muss immer stärker auf Prävention im Sinne der Stärkung der Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen, sich zu orientieren und auch in schwierigen Situationen handlungsfähig zu bleiben, ausgerichtet sein. Im Ensemble von allem, was auf die Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen einwirkt, kommt den Schulen eine Schlüsselstellung zu; sie müssen deshalb auch aus kommunaler Verantwortung heraus besondere Aufmerksamkeit finden.

Schlüsselrolle  
von Schule

Die Beziehungen zwischen Schulen und Gemeinde müssen im Interesse der nachwachsenden Generation und der Zukunft der Gemeinwesen zu einer zentralen Achse kommunaler Koordinierung werden. Vereinbarungen zu Qualität, Innovation und Kooperation können schon jetzt getroffen werden; in vielen Städten und Kreisen geschieht dies bereits. Die Aktivierung der Beziehungen zwischen Gemeinde und Schulen braucht aber auch eine generelle bildungspolitische Animierung und rechtliche Absicherung.

Kooperation  
Schule -  
Gemeinde

### 3.

**Schulen, Agenturen für Arbeit, Arbeitsgemeinschaften und „Options-Agenturen“ nach dem Sozialgesetzbuch II, Betriebe, Kammern, Verbände und andere institutionelle Partner „vor Ort“ sollen sich verbindlich in die Kommunale Koordinierung einordnen.**

Um das Prinzip „Aus einer Hand“ erreichen zu können, ist es erforderlich, dass sich die wichtigsten institutionellen Partner „vor Ort“ in die kommunale Koordinierung einordnen und sie unterstützen. Kooperationsvereinbarungen vor Ort können hierfür eine Arbeitsgrundlage sein; solche Vereinbarungen existieren vielerorts bereits.

Prinzip  
„Aus einer Hand“

Es kann an das Beispiel vieler Städte und Kreise angeknüpft werden, die in den letzten Jahren eine solche Prioritätensetzung vollzogen haben. Spürbare Erfolge durch die Koordinierung - so zeigen alle Erfahrungen - stellen sich erst nach einer gewissen Zeit ein. Kommunale Koordinierung braucht dort, wo sie bereits etabliert ist oder sich im Prozess der Etablierung befindet, Verstetigung, um sich festigen und kontinuierlich verbessern zu können.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre lehren, dass die Schulen, Agenturen für Arbeit, Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen und die Kammern durch Richtlinien und Empfehlungen angehalten werden sollten, mit der Kommunalen Koordinierung zusammen zu arbeiten. Bund, Länder, Bundesagentur für Arbeit, die kommunalen Spitzenverbände und die Kammer- und Wirtschaftsorganisationen werden aufgefordert, in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich durch geeignete Maßnahmen die Wirkfähigkeit kommunaler Koordinierung zu stützen und zu stärken.

Kooperations-  
vereinbarung  
vor Ort

Den Betrieben kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu, weil sie den notwendigen, gegenwärtig knappen und deswegen sehr begehrten Lernort für Arbeits- und Berufspraxis bieten. Die Gestaltung der Beziehungen zwischen der Kommunalen Koordinierung und den Betrieben „vor Ort“ einschließlich ihrer Organisationen und Vertretungen bedarf deshalb besonderer Sorgfalt. Betriebe müssen dabei in ihrer Bereitschaft und Fähigkeit, sich der Lokalen Verantwortungsgemeinschaft zuzuordnen, animiert und unterstützt werden. Partnerschaftskonzepte sind gefragt; auch hierzu gibt es bereits vielfältige gute Beispiele.

Engagement der  
lokalen Wirtschaft

Das Engagement der lokalen Wirtschaft dient zugleich der Sicherung und dem Ausbau der eigenen zukünftigen qualifizierten Mitarbeiterschaft. Diese Investition in die eigene Zukunft bildet die wirksame Basis für lokale und regionale Kooperation.

## 4.

**Bürgerschaftliche Lokale Verantwortungsgemeinschaften sind Basis und unverzichtbare Partner Kommunalen Koordinierung. Sie sind aktive und praktische Anwälte für Jugendliche und junge Erwachsene angesichts der Schwierigkeiten des Übergangs in die Arbeitswelt.**

Engagement  
der Bürger-  
gesellschaft

Kommunale Koordinierung kann ohne das Engagement von Organisationen und Initiativen der Bürgergesellschaft und einzelner Bürgerinnen und Bürger nur schwer die volle Integrationswirkung entfalten; dies gilt insbesondere für die Gruppen von jungen Menschen mit besonderen Berufsstart-Schwierigkeiten. Migrantenselbst-organisationen müssen selbstverständlicher Teil Lokaler Verantwortungsgemeinschaften werden.

Im Zusammenwirken von Kommunalen Koordinierung und Lokaler Verantwortungsgemeinschaft liegt die besondere Chance der Nutzung der Potenziale des Lokalen. Kommunale Daseinsvorsorge und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunftssicherung, Bindungen an den Ort, wo man zuhause ist („Heimat“), Lebensweltnähe, BürgerInnensinn und soziales Engagement gehen dabei eine enge und perspektivreiche Verbindung ein.

In diesem Sinne müssen das Interesse und die Engagementbereitschaft der Jugendlichen und jungen Männer und Frauen selbst einen wirksamen Ort finden. Der Übergang muss für sie und mit ihnen gestaltet werden.

Aufbau und Pflege Lokaler Verantwortungsgemeinschaften und die Herausforderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements sind deshalb unverzichtbar. Fördereinrichtungen, insbesondere Stiftungen, sind dazu aufgefordert, gezielt das Zusammenwirken von Kommunalen Koordinierung und Lokaler Verantwortungsgemeinschaft für die berufliche und soziale Integration von Jugendlichen zu unterstützen.

## 5.

**Zentrale Zukunftsaufgabe aller ist die tief greifende Verbesserung der Kompetenzen bildenden, sozialen und integrativen Qualität aller Übergangswege. Also: Lokale Übergangssysteme neu denken und aktiv gestalten!**

Als „Lokales Übergangssystem“ soll die Gesamtheit aller Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsgänge und Angebote, Berufsorientierungen, Beratungen und Unterstützungen verstanden werden, die Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen „vor Ort“, von der Sekundarstufe I ausgehend, für die Integration in das Berufs- und Arbeitsleben zur Verfügung stehen.



Dieses Verständnis von „Übergangssystem“ schließt also ausdrücklich – und im Unterschied zu anderen vorgeschlagenen Definitionen – die schulischen Bildungsgänge der Sekundarstufe II ebenso ein wie die duale und vollzeitschulische Berufsausbildung, aber z. B. auch Arbeitsgelegenheiten, wie sie nach dem SGB II bereit gestellt werden.

Es geht nun darum, diese Übergangssysteme neu zu denken und zu gestalten und ihre Qualität durchgreifend zu verbessern. Wenn dies aus der Perspektive der jungen Menschen, ihrer Übergangsbioografien und der Eröffnung von Entwicklungsoptionen heraus geschieht, wird zugleich das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunftspotenzial der Städte und Regionen gefördert.

Das Erfordernis, die Übergangssysteme insgesamt neu zu denken und zu gestalten, folgt der Einsicht, dass es die Königswege zur erfolgreichen Integration in die Berufs-, Arbeits- und Erwachsenenwelt nicht mehr gibt, sondern dass wir es mit einer zunehmenden Pluralisierung von Übergangsverläufen zu tun haben, die aber gegenwärtig ganz unterschiedlich chancenreich sind. Die unterschiedlichen Chancen der verschiedenen Übergangswegen beeinträchtigen Motivations- und Qualifikationspotenziale junger Menschen und verfestigen gegenwärtig soziale Ungleichheit.

Angemessene Integrationskonzepte im Übergang sind mit dem Ziel zu entwickeln und zu erproben, die bisherigen Schwellenproblematiken beim Übergang in die Arbeitswelt aufzulösen, gleichwertige Übergangswegen zu installieren, Optionen weiterführender Bildung offen zu halten (Stichwort: „Doppelqualifizierung“, Nachholen von Bildungsabschlüssen...) und zwischen ihnen Transparenz und Durchlässigkeit herzustellen.

Lebenslanges Lernen wird immer wieder mit Übergängen und erneuten Einstiegen in Bildung zu tun haben und muss deshalb zweite, dritte und weitere Chancen bereithalten. Sackgassen müssen gänzlich vermieden, Beratung und Unterstützung Biografie begleitend entlang der Übergangswegen installiert werden.

Berichterstattung und Monitoring haben immer wieder auch die Aufgabe, bestehende oder sich neu aufbauende Risiken für bestimmte Gruppen von Jugendlichen zu identifizieren und damit bearbeitbar zu machen.

Dabei kann an diverse Ansätze und Modelle angeknüpft werden. In diesem Zusammenhang ist zu erwarten, dass Lokale Verantwortungsgemeinschaft und Kommunale Koordinierung zu einer Verstärkung wechselseitiger Verantwortung führen werden, nämlich der Kommune gegenüber dem „Übergangssystem“ und dessen Qualität, und umgekehrt der Akteure des Übergangssystems gegenüber der lokalen Bürgerschaft.

Dies ist aber kein Selbstzweck, sondern darauf gerichtet, dass im Zukunftsinteresse der nachwachsenden Generation wie der Städte, Gemeinden und Kreise selbst Bildung und Handlungskompetenz so wachsen, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen angesichts der turbulenten Veränderungen im Übergang ihr Leben selbstbewusst „in die Hand nehmen“ können. Hierzu gehören neben Schulen, die sich zum Leben hin öffnen, auch die unverzichtbaren Lernorte „Betrieb“ und „Gemeinwesen“.

## 6.

**Politische Rahmensetzung wie auch künftige Förderpolitik müssen sich auf die Verstärkung, die Verbreitung und den Transfer robuster Modelle kommunaler Koordinierung konzentrieren. Kommunale Koordinierung muss zur Regel werden.**

Es geht nicht mehr um das „Ob überhaupt“ kommunaler Koordinierung, sondern um das „Wie besser?“ und die Einführung auf breiter Basis.

Anforderungen  
an künftige  
Förderpolitik

Künftige Förderpolitik zum Übergang von Jugendlichen in die Arbeitswelt und das Erwachsenenleben sollte sich nicht mehr auf die Erprobung von Netzwerk- und Koordinierungsansätze konzentrieren. Auf der Basis des vorhandenen, aber weiter zu sichernden Handlungswissens aus mittlerweile mehr als einer Projekt-Generation können robuste Modelle netzwerkgestützter kommunaler Koordinierung gezeigt, bestehende Ansätze belastbar gemacht, für den Transfer robuster Modelle Sorge getragen und Handwerkzeuge bereitgestellt werden.

Dabei ist strikt darauf zu achten - und die gesamte Förderung dahingehend abzustimmen -, dass das Prinzip „Koordinierung vor Ort aus einer Hand“ beachtet wird. Bundes- und Landesregierungen werden dringend gebeten, bei künftigen Förderprogrammen die Handlungschancen und -zwänge auf kommunaler Ebene zu beachten und die bisherigen Erfahrungen systematisch in Programmvorbereitungen einzubeziehen.

## 7.

**Die Gründung einer interkommunalen Arbeitsgemeinschaft Kommunale Koordinierung & Lokale Verantwortungsgemeinschaft wird angeregt und unterstützt.**

Um diesem kommunalen Gestaltungsfeld seinen Erfolgen und Herausforderungen mehr öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung zu verschaffen, wird die Initiative ergriffen, eine Arbeitsgemeinschaft Kommunale Koordinierung & Lokale Verantwortungsgemeinschaft zu gründen.

Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft sind politische und fachliche Vertreterinnen und Vertreter von koordinierungsaktiven Städten, Gemeinden und Kreisen, aus Wirtschaft und Betrieben, Expertinnen und Experten und Stiftungen, die die Förderung von Koordinierung und Verantwortung zu ihrer Sache machen. Die Freudenberg Stiftung, Weinheim, ist bereit, die Federführung für die Initialphase zu übernehmen und lädt hierzu weitere Stiftungen ein.

Die Arbeitsgemeinschaft bietet ein kontinuierliches Forum für den Erfahrungsaustausch und den Transfer von Handlungswissen in verschiedenen Formen, als ExpertInnenpool, durch Tagungen, Veröffentlichungen und Expertisen. Die Arbeitsgemeinschaft trifft sich in regelmäßigen Abständen zu Gesprächen. Die Initiatoren der Arbeitsgemeinschaft laden zur Mitarbeit ein.





**Rodgau bildet Zukunft**  
Projektbüro

Hintergasse 15  
63110 Rodgau

Tel.: 06106 / 693-1242  
E-Mail: [bildungsforum@rodgau.de](mailto:bildungsforum@rodgau.de)